

JÜRGEN HOFMANN

Zum Umgang mit deutscher Zweistaatlichkeit.

Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte über die »Doppelbiographie« der Bundesrepublik¹

Das Jubiläum der doppelten deutschen Staatsgründung vor fünfzig Jahren birgt ein Problem. Einer der beiden deutschen Teilstaaten existiert nicht mehr. Die Deutsche Demokratische Republik, die sich als Alternative verstand, hat sich mit ihrem Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland 1990 als staatliches Subjekt aus der Geschichte verabschiedet. Genügt damit nicht der Reflex auf das Staatswesen, das sich behauptete? Nach den Erfahrungen mit reichlich acht Jahren staatlicher Einheit ist dies eher anzuzweifeln. Gemessen an dem Zeitraum seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 machen über vier Jahrzehnte deutsche Zweistaatlichkeit immerhin ein Drittel aus und sind schon deshalb auf absehbare Zeit wohl kaum als Episode abzuhaken. Dies gilt um so mehr, da die deutsche Zweistaatlichkeit in diesem Jahrhundert mit gesellschaftspolitischen Richtungskämpfen und Richtungsentscheidungen verknüpft war und sich bereits aus diesem Blickwinkel prinzipiell von Phasen deutscher Mehrstaatlichkeit in vorangegangenen Zeiträumen unterscheidet. Der Nachhall und die Allgegenwart dieser Konstellation in aktuellen politischen, sozialen und geistigen Auseinandersetzungen sprechen ebenfalls gegen eine Verengung des Blickwinkels auf den Werdegang des verbliebenen deutschen Staatswesens. Deutsche Nachkriegsgeschichte kann, will sie glaubwürdig bleiben, die deutsche Zweistaatlichkeit nicht ausblenden und den untergegangenen Teilstaat lediglich als periphere Abweichung von der Geschichte der Bundesrepublik behandeln.

Die Debatte um die deutsche Nachkriegsgeschichte der letzten Jahre ist unbefriedigend, obwohl sie mit großem materiellen und personellen Aufwand betrieben wurde und zu keinem anderen Zeitpunkt über solch reichhaltiges Quellenmaterial verfügen konnte. Es ist nicht nur die Asymmetrie der Quellen, die den Blick auf Zusammenhänge verstellt und dazu verleitet, die Vorgänge in der DDR vorwiegend aus dem verfügbaren internen Material ihrer Führungsstrukturen zu erklären. Schon der Forschungsansatz bleibt einem Rollenverständnis verhaftet, in dem der Entwicklung der Bundesrepublik die Fehlentwicklung der DDR entgegenzustellen ist. Zeitgeschichte als Kontrastprogramm hat Konjunktur.

Nicht von ungefähr haben in jüngster Zeit namhafte Zeithistoriker und Verantwortliche aus dem Bereich der politischen Bildung Bedenken geäußert. Hans-Jürgen Misselwitz sprach von einer »Asymmetrie kritischer Geschichtsaufarbeitung innerhalb einer Nation«. »Der Eindruck einseitiger historischer Haftung des

Jürgen Hofmann – Jg. 1943,
Historiker, Berlin.
Prof. Dr. sc., Arbeitsgebiete:
Revolutionsgeschichte
1848/49, DDR- und SED-
Geschichte, nationale Frage,
empirische Forschungen
zum Einigungsprozeß und
zum Transformationsprozeß.

Ostens« erzeuge »in wachsendem Maße Ignoranz und Abwehr nicht nur der potentiell Belasteten, sondern inzwischen der allgemeinen Öffentlichkeit«.² Lutz Niethammer befürchtete, »daß der ausgedehnte und überpolitisierte Apparat, der zur Aufklärung über die Geschichte der DDR aufgebaut worden ist«, das Interesse des Publikums bald verstopfen könne.³ Peter Steinbach gab zu bedenken: »Wer Menschen mit ihrer eigenen Lebensgeschichte vor den Kopf stößt, vergißt, daß sich neue Institutionen nicht im luftleeren Raum errichten lassen. Sie bedürfen vielmehr der Menschen, die sie akzeptieren und mit Leben füllen.«⁴ Kaum zu bestreiten ist, daß am Ende des ersten Jahrzehnts staatlicher Einheit »im Geschichtsbewußtsein von Ostdeutschen und Westdeutschen tiefreichende Spaltungen zutage« treten.⁵ Dies gelte besonders für die Zeitgeschichte meint Jürgen Kocka.

Die Mängel der Zeitgeschichtsdebatte zum Werdegang und zu den Folgen der deutschen Zweistaatlichkeit werden an der Arbeit und den Resultaten der zwei Enquete-Kommissionen des Deutschen Bundestages exemplarisch deutlich.⁶ Da deren Materialien in der Regel als konzeptionelle Orientierung für die politische Bildung genutzt werden, ist mit erheblichen Folgeschäden zu rechnen.⁷ Daß die von der Enquete-Kommission favorisierten Deutungsmuster weit über den Bereich der politischen Bildung hinauswirken, verdeutlicht die Ausstellung »Aufstieg und Fall der Moderne« in der europäischen Kulturstadt Weimar. Die Berliner Akademie der Künste bewertete die Präsentation von DDR-Kunstwerken in dieser Ausstellung als skandalösen »Rückfall in demagogische Abwertungs- und Denunziationsmuster des Kalten Krieges«.⁸

Die einseitige Ausrichtung der Enquete-Kommission auf SED-Herrschaft und DDR-Gesellschaft führte zwangsläufig zu einer verzerrten bzw. eingeschränkten Wahrnehmung der Vorgänge nach dem Zweiten Weltkrieg. Deutsche Nachkriegsgeschichte läßt sich offensichtlich nicht von einem Pol her fassen. Trotz getrennter Geschichte bleiben neben weltpolitischen und europäischen vor allem deutsch-deutsche Zusammenhänge für das Verständnis der jeweiligen Teilgeschichte unerläßlich. Da die andere Seite als Konkurrent in einer Auseinandersetzung um die Perspektiven der Nationalentwicklung betrachtet wurde, wirkten dortige Vorgänge oft viel unmittelbarer auf eigene Entscheidungen, als dies sonst bei Nachbarstaaten üblich ist.

Der Arbeitsauftrag an die beiden Enquete-Kommissionen, der faktisch das zu ermittelnde Endergebnis vorwegnahm, war suggestiv und beförderte die politisch gewollte Tendenz, der Abrechnung den Vorrang vor historischer Aufklärung zu geben. Dies hatte nachhaltige Folgen für konzeptionelle Ansätze und wissenschaftliche Fragestellungen, mehr noch aber für die Verwertung vorliegender und neuerarbeiteter Forschungsergebnisse. Die Differenz zwischen dem wissenschaftlichen Gehalt vieler Studien und Expertisen und deren selektiver und politisch instrumentalisierter Verarbeitung im Abschlußbericht ist eklatant. Davon kann sich jeder überzeugen, der sich der Mühe unterzieht, das Ausgangsmaterials zu sichten. Die Erweiterung der deutschen Ausgabe des »Schwarzbuches des Kommunismus« um einen substantiell wie konzeptionell fragwür-

Im staatlich wiedervereinigten Deutschland treffen zwei Stränge deutscher Nachkriegsentwicklung zusammen. Sie münden beide in aktuelle Prozesse und politische Konstellationen und gehören somit zur historischen Substanz der heutigen Bundesrepublik, unabhängig davon wie sie im einzelnen bewertet und gewichtet werden.

... Der Ausgang der Systemauseinandersetzung begünstigt die Tendenz, die kritische Analyse zeitgeschichtlicher Vorgänge ausschließlich auf die unterlegene Seite zu konzentrieren. Der Reformbedarf der Bundesrepublik, der bereits vor 1990 offensichtlich war, gerät dabei leicht aus dem Blickfeld.

... Die unvoreingenommene Einbeziehung des jeweils anderen Weges, d.h. die Annahme der Doppelbiographie steht in Ost und West noch weithin aus. Die Doppelbiographie der Bundesrepublik. Diskussionspapier der Historischen Kommission der PDS, in: Pressedienst PDS, Nr. 13/1999, S. 9, 11, 12.

Zweifellos wirkt bei all dem der Tatbestand nach, daß 1990 zwei verschiedene politische Kulturen fusionierten, von denen die eine mit dem politischen System, auf das sie bezogen war, gescheitert ist. Gleichwohl ist sie damit nicht völlig verschwunden, zumal im Prozeß des Zusammenwachsens – bedingt durch politische Fehlentscheidungen – erhebliche Probleme entstanden sind, die eine partielle Rückwendung – »Ostalgie« genannt – zu Aspekten der DDR-Vergangenheit und die Erneuerung eines besonderen Bewußtseins, das die eigenen Erfahrungen und die Unterschiede zum Westen betont, gefördert haben ... Das gesellschaftliche und politische Engagement ist zugleich unterentwickelt; der Aufbruch des Herbstes 1989 hat alles in allem nur bedingt zu einem kontinuierlichen zivilgesellschaftlichen Engagement geführt.... Im Kern ist in fast jeder Hinsicht zur politisch-kulturellen »Verwestlichung« des Ostens keine Alternative erkennbar, auch wenn innerhalb des damit gegebenen Rahmens unterschiedliche Varianten möglich sind, die den Erfahrungen des Ostens Raum geben. Bernd Faulenbach: Überwindung des »deutschen Sonderweges«? Zur politischen Kultur der Deutschen seit dem zweiten Weltkrieg, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 21-23.

digen Anhang zur DDR steht in der Linie der Abschlußberichte der Enquete-Kommission. Ehrhart Neubert reizt mit seiner tendenziösen DDR-Schau den Ansatz soweit aus, daß er sich selbst disqualifiziert.⁹ Der Vergleich dieser Interpretationsexzesse mit den wissenschaftlich weitaus fundierteren Materialien der Enquete-Kommission tröstet jedoch nicht darüber hinweg, daß über zwei Legislaturperioden die Chance zu einem qualifizierten zeitgeschichtlichen Diskurs vertan wurde.

Die Erfahrungen mit der politisch aufgeheizten zeitgeschichtlichen Debatte der letzten Jahre führen oft zu Gegenreaktionen, denen ähnliche Mängel eigen sind wie den kritisierten und abgelehnten vorherrschenden Interpretationen, wenn auch aus gegensätzlichem Blickwinkel. Der Pauschalverurteilung des untergegangenen deutschen Staates wird seine Verteidigung bzw. Rechtfertigung entgegengesetzt. Die Verteidiger übernehmen von der auf Abrechnung orientierten medienwirksamen Fraktion den moralisierenden Grundzug und die Ignoranz gegenüber dem tatsächlichen Forschungsstand, der bestenfalls selektiv für schlagkräftige Bestätigungen eigener unverrückbarer Positionen rezipiert wird. Von dieser Tendenz ist auch der jüngste Sammelband zur Geschichte beider deutscher Staaten nicht frei, der sich als Beitrag gegen den Zeitgeist versteht.¹⁰ Mit Sorge ist zu beobachten, daß sich manche Akteure der zeitgeschichtlichen Debatte bereits wieder in den Schützengräben des Kalten Krieges einrichten. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Die Debatte wird und muß der Sache nach kontrovers bleiben, sollte aber nicht zu einer weder intellektuell noch mental überschreitbaren »Frontlinie« führen. Ein festgefahrener Stellungskrieg ist für politisch und historisch Interessierte wenig hilfreich. Fortschritte werden sich »nur in einem Klima der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen und politischer Kontexte« erzielen lassen, wie es Misselwitz für die politische Bildung annahmt.¹¹

Die Fixierung der zeitgeschichtlichen Diskussion auf »pro und contra DDR« geht völlig an der Tatsache vorbei, daß in der gemeinsamen vergrößerten und sich verändernden Bundesrepublik Fragen gestellt und Herausforderungen aufgeworfen sind, die nur aus der Gesamtsubstanz der historischen Voraussetzungen und Erfahrungen beantwortet und gemeistert werden können. Der »posthume Overkill« der SED-Herrschaft ist destruktiv. Er befremdet nicht nur einen erheblichen Teil der Ostdeutschen, er verstellt auch den Westdeutschen den Zugang zu einem differenzierten Verständnis der DDR-Gesellschaft und ihren Langzeitwirkungen. Er wirkt zudem zurück auf das Bild der Bundesrepublik vor 1990. Mit dem Verweis auf das »Schreckensszenario« der DDR-Entwicklung werden der eigene Werdegang im nachhinein verklärt und kritische Fragen in den Hintergrund gedrängt. Für die bildungspolitische und medienwirksame Aufbereitung sind m.E. solche Effekte bereits deutlich auszumachen. Das Schulbuchangebot ist ebenfalls von einer problembewußten Sicht auf die Geschichte der Bundesrepublik im Regelfall weit entfernt.

In welche Richtung könnte oder sollte die zeitgeschichtliche Debatte um die deutsche Nachkriegsgeschichte entwickelt werden?

Zunächst gilt es, die gesamtdeutsche Dimension der Betrachtung wiederzugewinnen.¹² Damit wird die Spaltung nicht ungeschehen und zwei Wege werden nicht zu einem. Die wechselseitige Verschränkung und Bedingtheit können so jedoch deutlicher erfaßt werden. Außerdem sollte es für das Gemeinwesen Bundesrepublik fast selbstverständlich sein, in sein historisches Selbstverständnis alles einzubeziehen, was in seine Entwicklung einmündet. Die DDR-Gesellschaft war nicht klein genug, um sie – wie in den Jahrzehnten zuvor die »Republikflüchtlinge« – einfach zu assimilieren; und die Bundesrepublik ist zu dominant, um hinsichtlich ihrer Erfahrungen von den Ostdeutschen ignoriert zu werden. Der Grad der Unkenntnis über Ereignisse, Personen und Prozesse im jeweils anderen Teil ist nach wie vor erschreckend, obwohl all diese Faktoren – ähnlich wie in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg die der Weimarer Republik – die politische Gegenwart bestimmen. Hauptstrang der Biographie der Bundesrepublik bleibt sicher ihre Entwicklung im engeren Sinne. Die DDR hat aber in die gemeinsame Gegenwart eine Mitgift eingebracht, die nicht nur als Fußnote begriffen werden kann. Die Akteure aller Richtungen laufen sonst Gefahr, einer verengten Sicht auf die Bedingungen politischen Handelns zu erliegen.

Hinter dieser Frage der historischen Bildung verbirgt sich ein Problem der Demokratie. Demokratisches Handeln erfordert Wissen. In die Stabilisierung, Ausgestaltung oder auch Veränderung von Rahmenbedingungen, Institutionen und Wertorientierungen kann nur gezielt und effektiv eingreifen, wer etwas über deren Werdgang und die handelnden sozialen und politischen Kräfte sowie deren Vorgeschichte weiß.

Reflexionen der deutschen Nachkriegsgeschichte werden nicht umhin kommen, die Logik sich ausschließender Wege und das gleichzeitige Aufeinanderbezogensein zu erfassen und gebührend in Rechnung zu stellen. Die Definition politischer Positionen und Ziele hatte stets oder wenigstens meistens den nationalen Konkurrenten im Kalkül. Aus der Symbiose von nationaler Konkurrenz und politischer Polarisierung ergab sich ein spezifisches Spannungsfeld, in dem sich Alleinvertretungspraktiken, begrenzte Kooperation, gesamtdeutsche Intentionen, aber auch die Abgrenzungspolitik bewegten.¹³ Für die Forschung und Darstellung müssen Fragestellungen entwickelt werden, die es erlauben, zwei Wege deutscher Nachkriegsgeschichte in ihrer Eigendynamik sowie in ihrer widersprüchlichen, rivalisierenden Gesamtheit zu fassen. Christoph Kleßmann hat diesen Ansatz bereits seit 1982 überzeugend und mit Augenmaß praktiziert.¹⁴

Die Sicht auf beide deutsche Wege allein, die sich ausschlossen und doch widersprüchlich und spannungsreich miteinander verklammert blieben, ließe dennoch viele Erklärungslücken offen. Zur Analyse und zum Verständnis muß unbedingt die internationale Einbettung hinzutreten, die eine Einbettung in eine bipolare Welt war. Beide deutsche Staaten spielten als Produkte der Systemkonfrontation und Juniorpartner der jeweiligen Führungsmächte alles andere als nur eine Nebenrolle. Überhaupt wäre es ein lohnendes Thema, dem Wechselspiel von Konfrontation und partieller Ko-

Man wird künftig nur dann jene Blockaden wieder abbauen können, wenn historische Aufklärung auf Verständnis zielt und Verständigung bewirkt. Generell muß daher gelten, daß nur in einem Klima der Respektierung unterschiedlicher Erfahrungen und politischer Kontexte die Aufklärung geschichtlicher Verantwortung und politisch-moralischen Versagens erfolgreich sein kann. Die politische Bildung im Osten und im Westen Deutschlands steht dabei vor einem gemeinsamen Problem: Das faktische Ende der DDR bedeutet die Herausforderung, ein Ost und West verbindendes, aber auch ein unterscheidendes Geschichtsbild über die Zeit zwischen 1945 und 1990 zu vermitteln. Sorgfalt und Einfühlungsvermögen in die jeweiligen geschichtlichen Umstände sind dabei nicht bloß eine Frage des fairen Umgangs mit der »Geschichte der Mitlebenden« (Hans Rothfels), sondern eine Voraussetzung dafür, daß neue Einsichten zum Bestandteil der gemeinsamen Erinnerung werden.

Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die »innere Einheit« und die Rolle der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/99, S. 28/29.

Historiker, Kultur- und Sozialwissenschaftler widmen sich – trotz intensiver Studien zumal in der empirischen Sozialforschung – zu wenig der Aufgabe, die beiden deutschen Teilgesellschaften in ihrer Unterschiedlichkeit wahrzunehmen. Dies führte nicht selten zu verletzenden Debatten, etwa über die Gleichsetzung von roter und brauner Diktatur. So verstärkten sich die Versäumnisse, die auch Ergebnis einer allzu-sehr vernachlässigten deutsch-deutschen Nachbarschaft waren. ... Nicht, daß jetzt überheblich zu beklagen wäre, daß sich vor 1989 offensichtlich kein ernst zu nehmender Wissenschaftler oder Publizist mit der Frage beschäftigt hatte, wie man die beiden deutschen Gesellschaften im Zuge einer staatlichen Vereinigung zusammenführen könnte. Zu beklagen ist lediglich, daß noch Jahre nach der Wiedervereinigung klare Fragen nach den sozialgeschichtlichen Voraussetzungen des Übergangs von einer Gesellschaft zur anderen nicht gestellt wurden.

...
Die Probleme des Vereinigungsprozesses machen deutlich, daß die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik sich in vierzig Jahren Trennung viel fremder geworden waren, als sich viele auch heute entgegenstehen bereit sind.
Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 25, 27.

operation nachzugehen, in das Elemente der Rivalität beider deutscher Staaten hineinspielten.

Wir sollten uns aber nicht nur auf die Einbettung in politisch-militärische Blöcke fixieren. Die Einbindung in internationale Wirtschaftskreisläufe hat die Chancen und Risiken der deutschen Wege wesentlich mitdefiniert. Für die Bundesrepublik bedeutete dies die Einbeziehung in das Hilfs- und Förderprogramm des Marshall-Plans; für die DDR erwuchs daraus die Konsequenz, die Last der Reparationen allein tragen zu müssen. Der frühe Zugang der Bundesrepublik zum Weltmarkt bot günstige Bedingungen für das »Wirtschaftswunder«. Für die DDR war die starke Bindung an die Wirtschaft der Sowjetunion einerseits Stabilitätsgarantie und Absicherung gegen wirtschaftliche Erpressung, andererseits erwuchs aus dieser Abkoppelung von der internationalen Arbeitsteilung zugleich ein Entwicklungshemmnis, das durch keine Bemühungen um autarke Innovationen aufgewogen werden konnte.

Eine der kompliziertesten und am meisten umstrittenen Fragen ist die nach den Vergleichs- und Bewertungsmaßstäben der deutschen Wege. Hier wäre zunächst nach dem heuristischen Interesse zu fragen. Geht es um das bessere Verständnis des jeweiligen Vorgangs bzw. der jeweiligen Erscheinung oder geht es um deren Stigmatisierung? Soll nach Unterschieden und Gemeinsamkeiten gefragt werden, um das Bild zu präzisieren und die Bewertung besser abwägen zu können, oder soll der untersuchten Erscheinung der Stempel einer anderen aufgedrückt werden? Für die Untersuchung und Analyse beider deutscher Staaten sind vielfältige Vergleichsebenen möglich, und es wäre dringend zu wünschen, daß wieder eine größere Methodenvielfalt Platz greift.

Der Vergleich von Entwicklungen und Erscheinungen in beiden deutschen Teilstaaten liegt schon deshalb auf der Hand, weil nur so der Frage nach Gemeinsamkeiten und Unterschieden nachgegangen werden kann. Das läuft auf die Methode des intersystemaren Vergleichs hinaus, der von der DDR-Forschung der Bundesrepublik vor 1990 durchaus mit Erfolg praktiziert wurde. Das Fallbeispiel deutsche Zweistaatlichkeit ist für intersystemare Vergleiche von besonderem Interesse, weil die Herausbildung systembedingter Unterschiede durch die Verankerung in einer gemeinsamen historischen Substanz und die gemeinsame Ausgangslage 1945 relativ genau zu verfolgen ist. Denkbar und notwendig wäre aber auch der Vergleich der deutschen Teilstaaten gegenüber ihren jeweiligen Partnern in den Blöcken. In diesem Falle wäre vom inner-systemaren Vergleich zu sprechen, der die jeweilige Relation zwischen systembedingten Gemeinsamkeiten und nationalen Unterschieden erhellen könnte. Geboten ist wohl auch der Vergleich zwischen selbstgesetzten Anspruch und Wirklichkeit, der für die DDR-Forschung keinesfalls neu ist. All diese Vergleichsansätze sind Vergleiche auf einer gemeinsamen historischen Zeitebene. Sie können identische welthistorischen Rahmenbedingungen unterstellen, die lediglich durch die Blockbindung spezifiziert sind.

Problematisch scheint mir aus mehreren Gründen hingegen der Vergleich zwischen dem Dritten Reich und der DDR, der gegenwärtig Konjunktur hat. Formell ist gegen ihn zwar kaum etwas ein-

zuwenden, weil für Vergleiche nicht a priori Tabus aufgebaut werden sollten. Zugleich sollte bewußt bleiben, daß dieser Vergleich mit einigen methodischen Problemen behaftet ist, die zu Unschärfen führen und wenig Erkenntnisgewinn versprechen. Die Befürworter des »Diktaturenvergleichs« blenden aus ihren Überlegungen in der Regel aus, daß es sich dabei um einen intersystemaren Vergleich handelt, der außerdem noch zwischen zwei verschiedenen historischen Zeitebenen vermitteln muß. Der bevorzugte strukturelle Vergleich und die Auflistung von Ähnlichkeiten des äußeren Erscheinungsbildes sagen nichts über deren Quellen, sozialen Träger, über Inhalte und Wirkungen. Die Möglichkeiten und Grenzen idealtypischer Vergleiche bedürfen wohl noch einer eingehenden theoretischen Debatte. Die PDS hatte sich bereits vor Jahren in ihrem Minderheitenvotum zum Abschlußbericht der ersten Enquete-Kommission zum Totalitarismusproblem positioniert.¹⁵ Erstaunlicherweise gerät dieses Diskussionsangebot bei den Kritikern der PDS ebenso in Vergessenheit, wie den linken Autoren, die ausgesprochen allergisch auf das Stichwort »Totalitarismus« reagieren. Wie fragwürdig allerdings effekttheisende Vergleiche sind, illustriert u. a. ein Artikel des Berliner »Tagesspiegel«, der André Bries Äußerungen zum totalitären Charakter der DDR aufgriff. Darin verstieg sich der Autor des »Tagesspiegel« zu der Behauptung, das NS-Regime habe »sehr viel mehr unterschiedliche Lebens- und Überlebensräume jenseits und unterhalb des Systems als die DDR«¹⁶ geboten.

Die Frage, welches wissenschaftliche und politische Interesse einen Vergleich leitet, dessen Ergebnis durch die Standardformel von den »zwei Diktaturen in Deutschland« faktisch vorgegeben ist, sollte schon erlaubt sein. Sie drängt sich vor allem dann auf, wenn das Aufspüren von Gemeinsamkeiten keine Kraft mehr für die Fixierung der Unterschiede läßt. Müssen nicht beide deutsche Teilstaaten mit ihrem historischen Vorläufer verglichen werden, aus dessen totaler Niederlage sie hervorgegangen sind und dessen Erbschaft sie bis in die Gegenwart zu tragen haben? Kontinuität und Brüche konkret zu benennen und in der Rückschau nochmals kritisch auszuleuchten, ist unerläßlich, wenn die tatsächliche und nicht die selbstgefällig behauptete Verarbeitung des NS-Regimes durch beide deutsche Teilstaaten analysiert werden soll.

Ein zeitgeschichtlicher Diskurs, der wenigstens partiell konsensbildend wirken soll, ist nur als kritisch-sachliche Auseinandersetzung mit Geschichte zu haben. Deshalb muß der Aspekt der kritischen Aufklärung endlich Oberhand über den vorherrschenden der Abrechnung gewinnen. Anderenfalls läuft die Debatte in Gefahr, die Verletzungen der realen historischen Auseinandersetzung noch um die der Interpretation anzureichern. Selbstverständlich kann nicht einer harmonisierenden, die Konflikte negierenden Erinnerung das Wort geredet werden. Der Versuch jedoch, historische Auseinandersetzungen im nachhinein nochmals für sich zu entscheiden, reproduziert Spaltung. Die Erfolge in der Neudeutung der Nachkriegsgeschichte werden sich immer dann als Pyrrhussieg erweisen, wenn sich gewonnene Deutungsmacht nicht mit der überwiegenden historischen Erfahrung der Akteure deckt bzw. we-

Das wichtigste ist die Gleichheit aller Deutschen vor der Geschichte. Ihre Staaten brauchen die gleiche Beachtung, obwohl sich die DDR als der schwächere und schlechtere erwiesen hat. Für ein Viertel bis Fünftel aller Deutschen war sie jedoch »ihr Staat«, unabhängig davon, ob sie ihn trugen oder nur ertrugen. Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden. Annäherung an ein gesamtdeutsches Geschichtsverständnis, in: Neues Deutschland vom 17./18. April 1999, S. 13.

nigsten zu ihr kompatibel ist. »Wer ernst genommen werden will«, so Peter Bender, »muß sich mäßigen, darf nicht mehr alles über einen Leisten schlagen.«¹⁷ Er verknüpft das mit der Erwartung, daß die Wissenschaft allmählich einiges von dem Terrain zurückgewinnen könne, das sie in den zurückliegenden Jahren an die Politik und die Ideologie verloren hat.

Sicherlich kann die historische Kritik nicht gleichmäßig, faktisch paritätisch aufgeteilt werden. Den Werdegang der Bundesrepublik aus der kritischen Nachfrage nahezu gänzlich zu entbinden, ist weder mit Blick auf die Vergangenheit noch aus gegenwärtigen und künftigen Bedürfnissen zu rechtfertigen. Die Geschichte der DDR kritisch zu durchforsten, dürfte selbstverständlich sein. Gerade die Linke sollte daran ein ureigenes Interesse haben. Wenn es ihr mit der Vision einer alternativen Gesellschaft ernst ist, dürfen Erfahrungen gescheiterter Versuche und Fehlentwicklungen nicht ausgeblendet werden. Die prinzipielle Kritik muß auch die Anknüpfungspunkte herausarbeiten, auf die aufgebaut werden kann. Das Erbe des gescheiterten Sozialismus ist in vielerlei Hinsicht eine schwere Hypothek. Es kann dennoch nicht einfach ausgeschlagen werden, da im konkreten Falle die Erben nicht allein darüber befinden können. Dafür sorgen schon ihre politischen Kontrahenten. Traditionsbezüge müssen bewußt definiert, überkommene entwickelt oder auch neu bestimmt werden. Sie einfach zu kappen, wie das der eine oder andere gern hätte, dürfte, wenn überhaupt, nur kurzfristige Entlastung bringen. Zwischen Geschichtslosigkeit und Prinzipienlosigkeit ist aber oft nur ein schmaler Grat. Jede politische Bewegung hat sich mit dem »Alp der Tradition« auseinanderzusetzen. Dieser Konflikt birgt nicht nur Last, sondern ein erhebliches Innovationspotential.

Die Flut von zeitgeschichtlicher Literatur ist gegenwärtig kaum zu überblicken. Diese oft punktuellen Analysen wieder zu einem Gesamtbild zusammenzuführen und Linien sichtbar zu machen, dürfte eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zeit sein. Leider hat das Mehr an Archivalien nicht in jedem Falle ein Mehr an Qualität gebracht. Häufig wird nicht einmal der Stand der DDR- und Deutschlandforschung vor 1990 kritisch rezipiert.¹⁸ Der Aktenfetischismus verleitet zur Ignoranz von Forschungsleistungen, die gerade wegen der mageren Material- und Quellenlage sehr viel mehr Sorgfalt auf konzeptionelle, methodische und quellenkritische Fragestellungen und auf die Einbettung ihres Gegenstandes in Gesamtzusammenhänge verwenden mußten. Es wäre bedauerlich, wenn die neuen Möglichkeiten der archivalischen Fundierung nicht gründlicher ausgeschöpft werden würden.

Die vielfältigen und gegensätzlichen zeitgeschichtlichen Erfahrungen aus über vier Jahrzehnten Zweistaatlichkeit lassen sich nur in einem pluralistischen Diskurs zusammenführen, der streitbar und kritisch bleibt, aber darauf verzichtet, die andere Erfahrung zu diskriminieren oder auszugrenzen. Von dieser Souveränität ist die gegenwärtige Diskussion noch weit entfernt.

Eine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in der sich die Ostdeutschen nur als Negativkontrast oder in Nebenbemerkungen wiederfinden, wird seine Adressaten im Osten nicht erreichen. Ge-

teilte Erinnerung kann dann einen Beitrag zu gemeinsamer Erfahrung leisten, wenn trotz unumgänglicher politischer Kontroversen ein Klima kritischen Respektes geschaffen und bewahrt werden kann. Die Aufgabe, »zwei ganz unterschiedliche deutsche Teilsellschaften im Zuge eines weit über das Politische hinausgehenden sozialgeschichtlichen Prozesses zusammenzuführen«¹⁹, ist noch längst nicht gelöst. Die Debatte zur deutschen Nachkriegsgeschichte könnte einen Beitrag dazu leisten.

- 1 Überarbeitete Fassung des Referates auf der wissenschaftlichen Konferenz »Die deutsche Zweistaatlichkeit 1949 - 1990« im März 1999 in Berlin.
- 2 Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel. Für eine neue Sicht auf die »innere Einheit« und die Rolle der politischen Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7-8/99, S. 27 u. 28.
- 3 Das kritische Referat von Niethammer auf einer Tagung im Oktober 1998 in Potsdam erscheint in: Christoph Kleßmann, Hans-Jürgen Misselwitz, Günter Wichert (Hg.): Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte.
- 4 Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende. Von der Kenntnis zur Anerkennung der Verschiedenheiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 51/98, S. 26.
- 5 Jürgen Kocka: Geteilte Erinnerungen. Zweierlei Geschichtsbewußtsein in Deutschland, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 43 (1998) 1, S. 104.
- 6 Siehe Materialien der Enquetekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995; Schlußbericht der Enquete-Kommission »Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit«, Deutscher Bundestag, 13. Wahlperiode, Drucksache 13/11000 vom 10. 06. 98.
- 7 Siehe Demokratie und Diktaturen in Deutschland. Rückblicke und Aussichten am Ende eines Jahrhunderts. Dokumentation der Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung in Bogensee bei Berlin vom 9. bis 12. Juli 1998, Redaktion: Lothar G. Kopp, o. O. (1999).
- 8 Neues Deutschland, 18. Mai 1999; Siehe auch Berliner Zeitung, 18. Mai 1999.
- 9 Siehe Stéphane Courtois (Hg.): Das Schwarzbuch des Kommunismus. Unterdrückung, Verbrechen, Terror, München 1998. Die Aufsätze zur DDR, die in der französischen Originalausgabe gar nicht vorgesehen waren, steuerten Joachim Gauck und Ehrhart Neubert für die deutsche Übersetzung bei.
- 10 Siehe Gerhard Fischer, Hans-Joachim Krusch, Hans Modrow, Wolfgang Richter, Robert Steigerwald (Hg.): Gegen den Zeitgeist. Zwei deutsche Staaten in der Geschichte, Schkeuditz 1999.
- 11 Hans-Jürgen Misselwitz: Annäherung durch Wandel, S. 29.
- 12 Siehe Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden, in: Neues Deutschland, 17/18. April 1999.
- 13 Siehe Jürgen Hofmann/Detlef Nakath: Konflikt – Konfrontation – Kooperation. Deutsch-deutsche Beziehungen in vierzig Jahren Zweistaatlichkeit, Potsdam 1998.
- 14 Siehe Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, 5. überarb. und erw. Aufl., Bonn 1991; ders.: Zwei Staaten, eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970, Göttingen 1988.
- 15 Siehe Sondervotum des Mitgliedsgruppe PDS/LL Abg. Dr. Dietmar Keller in: Materialien der Enquetekommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), neun Bände in 18 Teilbänden, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 680ff. Zum Diktaturenvergleich speziell S. 708-713.
- 16 Hermann Rudolph: Abschied von Lebenslügen, in: Der Tagesspiegel, 7. März 1999.
- 17 Peter Bender: Terra incognita gemeinsam erkunden, in: Neues Deutschland, 17/18. April 1999.
- 18 Ein repräsentatives Resümee boten 1989 Werner Weidenfeld und Hartmut Zimmermann als Herausgeber des Sammelbandes zum 40. Jahrestag der deutschen Zweistaatlichkeit. Siehe Deutschland-Handbuch. Eine doppelte Bilanz 1949-1989, Bonn 1989.
- 19 Peter Steinbach: Deutschland vor und seit der Wende, S. 24.